

Thema des Monats

Bundeshaushalt 2009:

Bauinvestive Mittel deutlich aufgestockt

(brb).-Im Entwurf des Bundeshaushaltes 2009 sind im Haushalt des BMVBS die Investitionsansätze gegenüber dem Haushalts-Soll 2008 deutlich erhöht worden. Die Investitionslinie Verkehr (Straße, Schiene, Wasserstraße) steigt von 9,42 Milliarden Euro auf 10,05 Milliarden Euro (einschließlich des Kombinierten Verkehrs von 9,52 Milliarden Euro auf 10,20 Milliarden Euro). Nur geringfügig werden die Investitionszuschüsse für die soziale Wohnraumförderung und die Städtebauförderung von 1,05 Milliarden Euro auf 1,09 Milliarden Euro erhöht.

Im Einzelnen ergibt sich für die drei großen Verkehrsträger folgende Entwicklung:

Bundesfernstraßenbau

2009 sollen die Investitionen mit 5.231 Millionen Euro das Haushalts-Soll des

laufenden Jahres um 306 Millionen Euro bzw. 6,2 Prozent übertreffen. In der mittelfristigen Finanzplanung 2010 bis 2012 sind – bei abnehmender Tendenz – jahresdurchschnittlich Investitionen von 4.927 Millionen Euro vorgesehen.

Schienenwege des Bundes

2009 sollen die Investitionen mit 3.918 Millionen Euro das Haushalts-Soll des laufenden Jahres um 222 Millionen Euro bzw. 6,0 Prozent übertreffen. In der mittelfristigen Finanzplanung sind für 2010 bis 2012 jahresdurchschnittlich Investitionen von 3.921 Millionen Euro vorgesehen.

Bundeswasserstraßen

2009 sollen die Investitionen das Haushalts-Soll des laufenden Jahres um 100 Millionen Euro bzw. 12,5 Prozent über-

Fortsetzung Seite 2

Studie:

Die Bauwirtschaft als potentielle Klimaschutzindustrie

(brb).-Die große Bedeutung, die der Sanierung des Gebäudebestandes und damit der Bauwirtschaft bei der Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung zukommt, ist im Bewusstsein der Öffentlichkeit noch nicht ausreichend verankert. Das geht aus einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage hervor, die das Institut für Demoskopie Allensbach für die Deutsche Bauindustrie durchgeführt und im Rahmen des „Tages der Deutschen Bauindustrie 2008“ vorgestellt hat.

Zwar planen zwei von drei Befragten, die in den nächsten fünf Jahren ein Haus bauen oder ihr Haus umbauen bzw. renovieren wollen, auch Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs; die Einsparpotentiale werden jedoch unterschätzt. Nur etwa 30 Prozent der Befragten glauben, dass der Energieverbrauch durch Umbaumaßnahmen nennenswert gesenkt werden kann.

Es ist deshalb auch keine Überraschung, dass sich die Bauwirtschaft im Ranking der Klimaschutzindustrien noch weit hinter den Autoherstellern, der Energiewirt-

schaft oder der Chemischen Industrie platziert.

Insgesamt sehen die Deutschen jedoch die große Bedeutung, die heute dem Klimaschutz zukommt: Wie das Institut für Demoskopie Allensbach festgestellt hat, rangiert der Klimaschutz auf der Prioritäten-Skala der Bundesbürger zwar hinter der Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme und der Sicherung der Preisstabilität, aber bereits vor dem Abbau der Staatsverschuldung.

Den größten Beitrag zum Klimaschutz könnte nach Auffassung der Bundesbürger der Ausbau erneuerbarer Energien leisten (93 Prozent), darüber hinaus nennen die Befragten den Bau neuer energieeffizienter Kraftwerke (85 Prozent), die bessere Isolierung von Fabriken und industriellen Anlagen (80 Prozent) und die Sanierung von Häusern und Wohnungen (71 Prozent). Dagegen ist nur 2 von 5 Bundesbürgern bekannt (39 Prozent), dass auch die Beseitigung von Engpässen im Bundesfernstraßennetz einen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann

Überblick

1 Thema des Monats:

Bundeshaushalt 2009:

Bauinvestive Mittel deutlich aufgestockt

Studie:

Die Bauwirtschaft als potentielle Klimaschutzindustrie

2 Kommentar:

Denkanstöße

Alterspyramide am Bau

3 Forum Nord:

Sechstes Bundesländerranking:

Osten holt auf , Süden weiter vorn

Kurz notiert

4 Trends und Märkte:

ifo aktuell

DIHK-Konjunkturumfrage zur Ausbildungssituation

Entwicklung des Güterverkehrs in Deutschland bis 2050

Auslandsbaustatistik 2007

Impressum



Kommentar:

Fortsetzung Seite 1

treffen. In der mittelfristigen Finanzplanung 2010 bis 2012 sind – bei leicht abnehmender Tendenz – jahresdurchschnittlich 880 Millionen Euro vorgesehen. Beim kombinierten Verkehr (Darlehen bzw. Zuschüsse an private Unternehmen zur Förderung von Umschlaganlagen des Kombinierten Verkehrs bzw. für die Errichtung, Ausbau- und Reaktivierung von Gleisanschlüssen) steigen die Investitionen im Entwurf 2009 gegenüber dem Haushalts-Soll des laufenden Jahres von 94,5 Millionen Euro auf 147 Millionen Euro. In der mittelfristigen Finanzplanung 2010 bis 2012 sind jahresdurchschnittlich 155 Millionen Euro vorgesehen. Im Bereich der Hochbaumaßnahmen werden dagegen die Investitionsansätze des laufenden Jahres nur leicht erhöht:

Soziale Wohnraumförderung

Diese frühere Bund-Länder-Aufgabe ist 2006 ausgelaufen. Die Zuständigkeit für die Soziale Wohnraumförderung liegt nunmehr bei den einzelnen Bundesländern. Zur Kompensation zahlt der Bund den Ländern jährlich 518,2 Millionen Euro. Diese Summe bleibt unverändert.

Städtebauförderung

In den diversen Programmen (Innenentwicklung, Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, Die Soziale Stadt, Stadtbau, Denkmalschutz) stellt der Bund 2009 den Ländern und Gemeinden 572,9 Millionen Euro zur Verfügung. Das Haushalts-Soll des laufenden Jahres wird um 37,2 Millionen Euro bzw. 6,9 Prozent übertroffen.

Hochbau- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn

Nach der Fertigstellung der meisten Bauten ist dieses Kapitel nur noch von geringer Bedeutung. 2009 sollen die Investitionen mit 24,5 Millionen Euro das Niveau des laufenden Jahres um 5,5 Millionen Euro bzw. 18,4 Prozent unterbieten.

Denkanstöße

(brb).-Landtagspräsident Hermann Dinkla wird zum Bauherrn. Sanierung, Umbau und Modernisierung des Parlamentsgebäudes lassen sich nicht länger aufschieben. Anfang der sechziger Jahre genügte es allen Ansprüchen, als die Abgeordneten aus ihrer Behelfsunterkunft in Räumlichkeiten der Stadthalle umzogen in das nach den Plänen von Prof. Dieter Oesterlen neugestaltete Leineschloss, welches der Bombenkrieg zerstört hatte. Computer, Breitband, Internet waren damals Begriffe, die sich nicht einmal in der Science-Fiction-Literatur fanden und heute alltäglich sind. Mittlerweile werden an den Sitz der niedersächsischen Volksvertretung, die gescheiterte Arbeitsbedingungen als Voraussetzung für vernünftige Politik braucht, andere technische, räumliche, kurz: zeitgerechte Anforderungen als 1962 gestellt, kurz: ein Parlament muss zeitgerecht ausgestattet sein.

Noch befindet sich das von Dinkla angestoßene Vorhaben in einem sehr frühen Stadium. Bislang liegen nicht einmal genaue Umbau- und Modernisierungspläne vor. Sonderwünsche aus den Fraktionen sowie Einwendungen von Denkmalschutz und Haushältern lassen sich zunächst nur erahnen. Die Zusammensetzung der Baukommission, die nach Dinklas Vorstellungen das gesamte Vorhaben begleiten soll, ist erst in Umrissen zu erkennen. Der eine oder andere, zu Recht allen voran der hannoversche Oberbürgermeister Stephan Weil, erinnert sogar schon an frühere Überlegungen und rät, gleich Nägel mit Köpfen zu machen und anstelle der einer regionalen AOK-Geschäftsstelle gleichenden Staatskanzlei in der Planckstraße einen Neubau auf dem Areal des einstigen Friederikenschlösschens zu errichten. Warum eigentlich nicht? Der Stadt und dem Land würde eine Regierungszentrale im Stil des noch jungen 21. Jahrhunderts gut zu Gesicht stehen. Es ist eine ungewöhnlich große Chance, dass noch nichts entschieden ist von dem Projekt, das sich mit dem Namen Dinkla verbindet. Vorbereitungs- und Planungsphasen sind schließlich Zeiten des Nachdenkens, des kritischen Nachfragens, des engagierten Diskutierens und – bei einer öffentlichen Angelegenheit selbstverständlich – der Einbeziehung der Öffentlichkeit in diesen Meinungsbildungsprozess. Möglichst viele sollten sich daran beteiligen, der Politikwissenschaftler und der IuK-Experte, der Betriebsrat Schorse Müller, der einiges über Büroabläufe weiß, und der Hinterbänkler Kalle Schulz, der auf eine Schlafkabine neben seinem Abgeordnetenzimmer Wert legt, die Leute vom Bau, die Solartechniker, die Innenarchitekten und, falls es doch zum Neubau der Staatskanzlei kommen sollte, die Städteplaner. Und auf keinen Fall dürfen kameralistische Kleinkrämer das letzte Wort haben.

Keine Frage, was Landtagspräsident Hermann Dinkla vorhat, das kostet eine Stange Geld, und der von Ministerpräsident Christian Wulff etwas voreilige abgelehnte Bau einer neuen Staatskanzlei würde weitere Haushaltsmittel erfordern. Niedersachsen muss aber irgendwann seine Armenhäuslermentalität ablegen und sollte jetzt, da die Etatsanierung zu glücken scheint, nachahmenswerte Modernität an den Tag legen. Der neue Landtag und die neue Staatskanzlei lassen sich als umweltbewusste Vorzeigebauten planen und ausführen, die auf dem jüngsten Stand von Solartechnik und Wärmedämmung sind. Wo gibt es das schon in einem Bundesland? Und Niedersachsen hat die Möglichkeit, sozusagen mit Mut vor Wählerthronen beide wichtige Vorhaben als großen Wurf ohne die geringsten finanziellen Bauchschmerzen vorbildhaft für Städte und Gemeinden als PPP-Projekt zu verwirklichen. Auch das gibt es bisher in keinem Bundesland.

Alterspyramide am Bau

(brb).-Aufgrund der höheren Ausbildungsbereitschaft fällt der Anteil der jüngeren Beschäftigten im westdeutschen Bauhauptgewerbe mit 13,6 Prozent deutlich höher aus als im ostdeutschen Bauhaupt-

gewerbe. Dort ist lediglich jeder zehnte jünger als 25 Jahre. In den Alterskohorten von 25 bis 45 Jahren sind die Anteile in West- und Ostdeutschland nahezu identisch. In den Altersklassen ab 45 gibt es jedoch erhebliche Unterschiede: Insgesamt entfällt auf die Altersgruppe

von 45 und älter im westdeutschen Bauhauptgewerbe 36,9 Prozent (davon sind 12 Prozent-Punkte älter als 55 Jahre), im ostdeutschen Bauhauptgewerbe liegt der Anteil hingegen bei 39,6 Prozent (davon sind 10 Prozent-Punkte älter als 55).



Sechstes Bundesländerranking: Osten holt auf, Süden weiter vorn

(brb).-In den Jahren 2004 bis 2007 haben die ostdeutschen Bundesländer ihre Position bei Arbeitsmarkt, Wohlstand, Struktur und Standort deutlich verbessern können. Im Bestandsranking 2008 zeigt sich allerdings das gewohnte Bild, wonach die süddeutschen Flächenländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen mit deutlichem Vorsprung führen.

Die IW Consult GmbH Köln hat in Zusammenarbeit mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Wirtschaftswoche das sechste Ranking der Bundesländer erarbeitet und vorgestellt. Hierbei werden die Entwicklung und der Bestand von insgesamt 45 Indikatoren untersucht. Diese werden folgenden vier Obergruppen zugeordnet (in Klammern Prozentanteile der Gewichtung):

- Arbeitsmarkt: Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit (25 Prozent)
- Wohlstand: Entwicklung von Einkommen und Kaufkraft (25 Prozent)
- Standort: Entwicklung von Arbeitskosten, Infrastruktur, Humankapital (20 Prozent)
- Struktur: Entwicklung in den Bereichen Staat, Wirtschaft, Gesellschaft (30 Prozent)

Bei der Entwicklung in den Jahren 2004 bis 2007 wurden die früheren „Seriensieger“ Bayern und Baden-Württemberg auf die Plätze drei und vier verwiesen. An der Spitze liegen nun Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern.

Beim Dynamik-Ranking 2004 bis 2007 nach Großraumregionen liegt der „Osten“ (5 neue Länder plus Berlin) mit 51,1 Punkten deutlich vorn, gefolgt vom „Süden“ (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland) mit 50,2 Punkten und dem „Norden“ (Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein) mit 49,3 Punkten. Deutlich abgeschlagen landet hier der „Westen“ (Nordrhein-Westfalen) mit 45,6 Punkten auf dem letzten Platz.

Anders sieht das Bild dagegen aus, wenn man sich das Bestandsranking im Jahr 2008 anschaut. Hier zeigt sich nach wie vor ein deutliches Süd-Nord-Gefälle; Bayern, Baden-Württemberg und Hessen

hinteren Plätzen, haben allerdings ihren Abstand zu einigen westdeutschen Bundesländern deutlich verringern können. Rückstände gibt es vor allem noch bei den Indikatorgruppen Arbeitsmarkt und

Dynamikranking (2004 - 2007)						
Rang	Bundesland	Gesamtpunkte	Arbeitsmarkt	Wohlstand	Struktur	Standort
1	Hamburg	56,6	14,7	14,7	16,7	10,4
2	Mecklenburg-Vorpomm.	56,1	17,6	11,5	17,0	10,1
3	Bayern	54,5	12,9	14,9	16,7	10,0
4	Baden-Württemberg	52,6	10,9	14,4	16,9	10,3
5	Brandenburg	52,2	16,3	12,6	13,5	9,8
6	Sachsen	51,0	14,2	12,1	14,6	10,1
7	Hessen	50,2	10,0	13,1	17,3	9,8
8	Berlin	49,8	14,3	10,0	14,6	10,9
9	Schleswig-Holstein	49,6	12,3	12,0	15,0	10,3
10	Sachsen-Anhalt	48,7	13,8	11,0	13,0	10,9
11	Thüringen	48,7	11,1	12,5	15,5	9,6
12	Rheinland-Pfalz	47,4	12,4	10,6	15,8	8,7
13	Niedersachsen	47,2	9,7	12,9	14,4	10,1
14	Saarland	46,0	9,3	13,8	12,7	10,2
15	Nordrhein-Westfalen	45,6	10,8	11,2	14,1	9,5
16	Bremen	43,9	9,4	12,8	12,3	9,4
	Länderdurchschnitt	50,0	12,5	12,5	15,0	10,0

liegen mit deutlichem Vorsprung vorn, lediglich der Stadtstaat Hamburg konnte in die Spitzengruppe aufsteigen. Niedersachsen liegt auf dem sechsten Platz. Die neuen Bundesländer rangieren in dieser Tabelle inklusive Berlin auf den

Wohlstand; in den Bereichen Struktur und Standort werden allerdings zumindest die Werte der schwächeren westdeutschen (Flächen-)Länder erreicht, teilweise sogar übertroffen.

Bestandsranking 2008						
Rang	Bundesland	Gesamtpunkte	Arbeitsmarkt	Wohlstand	Struktur	Standort
1	Bayern	65,6	19,0	16,0	20,0	10,6
2	Baden-Württemberg	64,0	18,8	15,8	18,7	10,6
3	Hamburg	62,0	15,1	21,4	14,4	11,1
4	Hessen	59,2	15,5	16,5	17,3	9,9
5	Rheinland-Pfalz	55,5	16,5	12,5	16,9	9,7
6	Niedersachsen	51,4	13,3	12,2	15,9	10,1
7	Schleswig-Holstein	51,3	15,2	12,5	14,1	9,6
8	Nordrhein-Westfalen	50,5	12,6	14,4	14,0	9,5
9	Saarland	48,3	12,4	12,1	14,6	9,1
10	Bremen	45,8	8,8	15,5	11,2	10,3
11	Thüringen	44,5	10,5	8,0	16,1	9,8
12	Sachsen	43,8	9,7	8,5	15,6	10,0
13	Brandenburg	43,2	10,5	8,7	14,3	9,8
14	Mecklenburg-Vorpomm.	38,6	7,9	7,6	13,6	9,5
15	Berlin	38,2	6,2	10,5	11,0	10,4
16	Sachsen-Anhalt	38,0	7,9	7,8	12,5	9,9
	Länderdurchschnitt	50,0	12,5	12,5	15,0	10,0

Kurz notiert

(brb).-Im April 2008 sank die Zahl der genehmigten Wohnungen in den alten Bundesländern (ohne Hamburg) im Vorjahresvergleich um 3,2 Prozent.

Die Baugenehmigungen für Wirtschaftsgebäude (in cbm) stiegen um 15,7 Prozent an. Dagegen sanken die für öffentliche Gebäude (in cbm) um 16,0 Prozent. In den neuen Bundesländern erhöhte sich die Zahl der genehmigten Wohnungen im

April 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 65,4 Prozent. Die Baugenehmigungen für Wirtschaftsgebäude (in cbm) um 15,2 Prozent.

(brb).-Im Juni sank die Zahl der Arbeitslosen mit bauhauptgewerblichen Berufen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 17,9 Prozent auf 51.905.

Die Zahl der Arbeitslosen mit bauhauptgewerblichen Berufen betrug im Juni 2008 63.839. Sie lag damit um 18,3 Prozent unter dem Stand des Vorjahres.



Trends und Märkte

ifo aktuell

Juni 2008: alte Bundesländer

- Die Testteilnehmer beurteilten die aktuelle Geschäftslage etwas günstiger als im Vormonat. Die Geschäftsaussichten für die nächsten 6 Monate haben sich dagegen leicht verschlechtert.
- Der Anteil der Firmen mit nichtkostendeckenden Preisen lag im Juni 2008 bei 37 Prozent (Juni 2007: 34 Prozent).
- Die Reichweite der Auftragsbestände stieg im Juni 2008 mit 2,8 Monate nach 2,7 Monate im Mai (Juni 2007: 2,7).
- 13 Prozent der Firmen planen in den nächsten 3 Monaten Arbeitsplätze abzubauen. Im Vorjahresmonat waren es 11 Prozent.

Juni 2008: neue Bundesländer

- Die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage hat sich gegenüber Mai 2008 leicht verbessert. Die Erwartungen für die nächsten 6 Monate haben sich im Vergleich zum Vormonat deutlich verschlechtert.
- Nichtkostendeckende Preise haben im Juni 2008 37 Prozent der Firmen gemeldet (Juni 2007: 34 Prozent).
- Die Reichweite der Auftragsbestände betrug im Juni 2008 2,2 Monate (Mai 2008: 2,2/Juni 2007: 2,1).
- 10 Prozent der Firmen planen in den nächsten 3 Monaten einen Stellenabbau (Mai 2008: 5 Prozent, Juni 2007: 9 Prozent).

DIHK-Konjunkturumfrage zur Ausbildungssituation

(brb).-Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hat die Ergebnisse seiner aktuellen Online-Unternehmensbefragung zur Ausbildungssituation in Deutschland in seiner Broschüre „Ausbildung 2008“ vorgelegt. Grundlage für die DIHK-Ergebnisse sind Befragungen bei über 12.000 Mitgliedsunternehmen, davon 470 aus der Bauwirtschaft.

Für das laufende Jahr ist davon auszugehen, dass die Zahl der Auszubildenden steigen wird: Der Anteil der befragten Bauunternehmen, die für 2008 planen – im Vergleich zu 2007 – mehr Ausbildungsplätze anzubieten, ist gestiegen. Hinzu kommt, dass die Ausbildungsbereitschaft mit zunehmender Unternehmensgröße überdurchschnittlich stark gestiegen ist. Allerdings haben auch die Ausbildungshemmnisse an Bedeutung gewonnen: Als größtes Hemmnis wird die mangelnde Ausbildungsreife der Schulabgänger beklagt. Insbesondere bei dem mündlichen und schriftlichen Ausdrucksvermögen und den elementaren Rechenfertigkeiten werden zunehmend Mängel festgestellt. Somit kann nach Meinung der Bauunternehmen nur eine bessere schulische Vorbildung der Bewerber dazu beitragen, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Von den 470 befragten Bauunternehmen gaben 95 Prozent an, dass ihr Unternehmen ausbildet. Von diesen Unternehmen bilden drei Viertel

überwiegend in gewerblichen und ein Viertel überwiegend in kaufmännischen Berufen aus. Die Bauunternehmen haben zunehmend Schwierigkeiten, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen: Der Anteil der Befragten, der Probleme hatte, im Vorjahr alle angebotenen Ausbildungsstellen zu besetzen, ist innerhalb eines Jahres von 13,4 Prozent (im April 2007 für 2006) auf 15,7 Prozent (im April 2008 für 2007) gestiegen. Dies ist überwiegend darauf zurückzuführen, dass keine geeigneten Bewerbungen vorlagen: 52,9 Prozent der Betroffenen gaben diesen Grund an. 11,4 Prozent meldeten, dass überhaupt keine Bewerbungen vorlagen, und 12,9 Prozent beklagten, dass die Auszubildenden ihre Ausbildungsstelle gar nicht angetreten haben. Der seit 2006 anhaltende Anstieg der Zahl der Auszubildenden im deutschen Baugewerbe wird sich auch in diesem Jahr fortsetzen. Die Bauunternehmen wollen dem Fachkräftemangel mit zunehmender Ausbildung begegnen. Der Anteil der befragten Bauunternehmen, die angaben, im laufenden Jahr mehr Ausbildungsplätze anbieten zu wollen als im Vorjahr, lag im April mit 16,4 Prozent um einen Prozentpunkt über dem Wert vom April 2007. Der Anteil derer, die ihre Ausbildungsstellen reduzieren wollen, ist hingegen von 26,4 Prozent auf 25,1 Prozent gesunken. Bei den Ausbildungshemmnissen dominiert die mangelnde Ausbildungsreife der Schulabgänger. Diese liegt in der Bauwirtschaft sogar noch über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt und

hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich verschlechtert: 57,1 Prozent der befragten Bauunternehmen gaben an, dass sich die mangelnde Ausbildungsreife negativ auf ihren Betrieb auswirkt.

Entwicklung des Güterverkehrs in Deutschland bis 2050

(brb).-Im Auftrag des BMVBS hat die Protrans AG Basel eine Abschätzung der langfristigen Entwicklung des Güterverkehrs in Deutschland bis 2050 erstellt. Danach wird sich die Güterverkehrleistung von 581 Mrd. tkm in 2005 auf über 1.200 Mrd. tkm im Jahr 2050 mehr als verdoppeln. Die Abschätzung unterscheidet in zwei Phasen: Bis 2030 steigt das Verkehrsaufkommen jährlich um durchschnittlich 1,1 Prozent, wobei die Verkehrsleistung jährlich im Durchschnitt 2,1 Prozent wächst. Ab 2030 nimmt das Verkehrsaufkommen um 0,5 Prozent zu und die Verkehrsleistungen werden dann jährlich noch um 1,1 Prozent steigen. Erst danach kommt es nach dieser Abschätzung zu einer Stagnation im Binnenverkehr.

Auslandsbaustatistik 2007

(brb).-Der seit dem Jahr 2003 anhaltende Trend einer Aufwärtsentwicklung bei den Auftragseingängen der deutschen Bauindustrie aus dem Ausland hat auch im Jahr 2007 angehalten. Nach der jetzt vorliegenden Auswertung der Auslandsbaustatistik der Deutschen Bauindustrie akquirierten die international aktiven deutschen Bauunternehmen im vergangenen Jahr Auslandsbauaufträge im Gesamtwert von 27,75 Milliarden Euro. Davon entfielen mit rund 26 Milliarden Euro fast 94 Prozent auf das Tochter- und Beteiligungsgeschäft (T+B-Geschäft) und mit 1,75 Milliarden Euro gut 6 Prozent auf den traditionellen Auslandsbau. Auch bei der Bauleistung wurde ein neuer Rekordwert von fast 22,5 Milliarden Euro erzielt. Davon wurden rund 21,2 Milliarden Euro im T+B-Geschäft und 1,3 Milliarden Euro im Bauexportgeschäft erwirtschaftet.

Impressum

Druckerei Gebrüder Höltje GmbH
Escherstraße 22, 30159 Hannover
Telefon (05 11) 70 08 60
Telefax (05 11) 7 00 86 86
ISDN (05 11) 7 00 86 71
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale
Konto 101020 964, BLZ 250 500 00

Sparkasse Hannover
Konto 547 646, BLZ 250 501 80
Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler

Nachdruck, auch auszugsweise
gestattet. Quellenangabe und
Belegexemplare erbeten.